

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 81 Berlin und Bonn

24. Februar 2023



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Erdbeben in Syrien und der Türkei

(BS) Die schweren Erdbeben in Syrien und der Türkei haben massive Zerstörungen verursacht und bisher über 50.000 Menschen das Leben gekostet. Krankenhäuser, Schulen, Infrastrukturen sind zerstört. Dieses Gebiet wird in den Medien gerne als Grenzgebiet bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Gebiet, welches flächenmäßig die Größe der halben Bundesrepublik Deutschland hat. Und das betrifft nur Gebiete, die von Erdbeben der Stufe Fünf und stärker betroffen waren. Die Aufbauarbeiten werden mit Sicherheit nicht innerhalb "ein paar Monaten" abgeschlossen sein. Sie werden viele Jahre in Anspruch nehmen und Ausdauer und viel Geld erfordern.

Zum Vergleich: Die durch die Unwetterkatastrophe 2021 betroffenen Gebiete umfassen gerade einmal vier Prozent der Fläche Deutschlands. Der (Wieder-)Aufbau der Strukturen ist noch längst nicht abgeschlossen.

Ich wünsche sehr, dass internationale Hilfen einfließen können – sowohl in der Türkei als auch in Syrien. Umgekehrt wird beim Aufbau dort auch einiges zu lernen sein, was wir auch an anderen Stellen – auch in Deutschland – gebrauchen können. Das ist Grund mehr, sich am Aufbau in Syrien und der Türkei zu beteiligen.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

THW: Ununterbrochene Hilfe seit einem Jahr

(BS) Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert nun ein Jahr an. Viel wird über die militärische Hilfe für die Ukraine geschrieben und gesprochen. Doch auch die deutschen Katastrophenschutzorganisationen leisten Unterstützung. Seit dem 24. Februar 2022 waren bis zu 1.000 Kräfte des Technischen Hilfswerks (THW) aus mehr als 530 Ortsverbänden täglich im Einsatz. Hilfsgüter in Höhe von knapp 100 Millionen Euro wurden für das Kriegsgebiet beschafft.

Die Beschaffung, die in Zusammenarbeit mit dem Beschaffungsamts des BMI (BeschA) organisiert wird, bildet den Schwerpunkt der Unterstützung seitens des THW. Die Hilfsgüter, die vor allem für die Aufrechterhaltung der zerstörten Infrastruktur und für den ukrainischen Katastrophenschutz gedacht sind, umfassen u. a. Stromgeneratoren, Einsatzausstattung, Schutzausrüstung sowie Spezialfahrzeuge wie Löschfahrzeuge, Hubsteigerfahrzeuge, Kühltransporter sowie Räumfahrzeuge und schwere Baumaschinen wie Radlader und Kettenbagger. Finanziert wurden diese Hilfsgüter durch das BMI sowie durch das Auswärtige Amt. Die Güter werden vom Bundesinnenministerium (BMI) und vom Auswärtigem Amt finanziert. Der THW-Einsatz während des Ukrainekriegs stellt den bisher größten Lo-



Das Technische Hilfswerk (THW) unterstützt die Ukraine mit Hilfsgütern, wie z. B. mit Stromgeneratoren.

Foto: BS/THW

gistikeinsatz in der Geschichte des THW dar. Ein Großteil der Logistik würde über die Logistikzentren in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen abgewickelt.

Im Inland ertüchtigten die Kräfte des THW zahlreiche Notunterkünfte und Ankunftscentren für die Geflüchteten aus der Ukraine. Des Weiteren berieten THW-Expertinnen und -Experten kommunale Krisenstäbe und organisierten Hilfsgüter.

Wie die Logistikzentren arbeiten, erklärt THW-Präsident Gerd Friedsam im Chef-Gespräch auf NeueStadt.org. Das Video findet sich [hier](#).

Jeden Dienstag neu

Behördenwissen zum Reinhören

- Aktuelles zum Öffentlichen Dienst
- Interviews mit Studiogästen
- Kommentar zur Lage des Öffentlichen Dienstes
- Relevante und fundierte Hintergrundanalysen

behoerden-spiegel.de/podcast



PUBLIC SECTOR
INSIDER

Der Podcast des
Behörden Spiegel

JUH: Erdbebenhilfe geht weiter

(BS) Auch zwei Wochen nach dem schweren Erdbeben in der Türkei und Syrien leistet die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) Hilfe. Nach Schätzungen sind in Syrien mehr als fünf Millionen und in der Türkei über zwei Millionen Menschen von der Katastrophe betroffen.

In der stark betroffenen türkischen Stadt Gaziantep versorgt die JUH zusammen mit der Partnerorganisation MAPS seit Tagen über 15.000 Menschen täglich mit warmen Mahlzeiten. Ebenso werden größere Mengen an Hygiene- und Babyartikeln beschafft.

In den syrischen Regionen Idlib und Afrin bereitet die JUH gemeinsam mit Partnern weitere Hilfsaktivitäten vor, nachdem ein Teil des Johanniter-Erkundungsteams vor Ort war. "Die Menschen leben unter sehr schwierigen Bedingungen, da es keine Grundversorgung gibt. Überall an den Straßen sieht man provisorisch errichtete Lager mit obdachlos gewordenen Menschen", erklärte Sevin Ibrahim, Mitglied des Johanniter-Erkundungsteams. Neben warmen Mahlzeiten erhielten Familien zusätzlich Bargeld, um sich auf den lokalen Märkten die Dinge zu kaufen, die sie gerade am dringendsten benötigen. Die angelauten Hilfsaktionen sollen mit Mitteln der JUH weiter ausgebaut werden. Parallel starten Hilfslieferungen mit Milchpaketen für



Zusammen mit Partnern unterstützt JUH die Menschen in Syrien und Türkei vor Ort.

Foto: BS/Johanniter Unfall Hilfe e.V.

Babys und Baumaterialien für beschädigte Häuser. Um vor allem die medizinische Versorgung wieder sicherzustellen, werden fünf Krankenhäuser mit Medikamenten unterstützt sowie Treibstoff für die Generatoren der Krankenhäuser und Rettungswagen geliefert.

Güter werden knapp

"Es gibt für die betroffenen Menschen weitestgehend keinen Strom, Heizung oder Wasser. Hilfsgüter werden knapp und müssen aus anderen Landesteilen oder dem Ausland in die betroffenen Regionen gebracht werden", berichtete Juliane Flurschütz, Mitglied des fünfköpfigen Erkundungsteams der Johanniter. Das Erkundungsteam wurde nun von einem weiteren Nothilfe-Team in der Region abgelöst.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit"](#)

20. Februar:

- Software-Anwendung verfassungswidrig

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 20. Februar:](#)

- Wie steht es um die russischen Armee?

[Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 22. Februar:](#)

- ChatGPT regulieren

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Der Sturm auf die Rheinfestung

PODCASTS

[Podcast "Public Sector Insider"](#)

21. Februar:

- Kommunistische Stadtpolitik

[Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 8. Februar:](#)

- Finanzen und Steuern

[Podcast "Voices in Defence" vom 12. Dezember:](#)

- Neuer schwerer Transporthubschrauber

Blaulicht Technology Summit
Innovationen und Zukunftstechnologien für die BOS
 23. März 2023, Dorint Hotel Neuss
www.blaulicht-summit.de

RLP: Verkehrstote unter Vor-Pandemie-Niveau

(BS) Erfreuliche Nachrichten aus Rheinland-Pfalz: Die Zahl der Verkehrstoten in dem Bundesland ist im vergangenen Jahr unter das Vor-Corona-Niveau gefallen. Insgesamt ist auch die Zahl der Unfälle (2019: 145.677; 2022: 135.042) und der Verletzten gesunken.

2022 ist die Zahl der im Verkehr getöteten Personen auf 139 gesunken. Dies geht aus der Verkehrsunfallbilanz 2022 hervor. 2019 lag die Zahl noch bei 153. Pandemiebedingt lag die Zahl 2020 und 2021 noch niedriger. Dies sei wahrscheinlich auf das verringerte Verkehrsaufkommen in den beiden Jahren zurückzuführen. Die Zahl der insgesamt verunfallten Personen ging von 18.950 (2019) auf 17.593 (2022) zurück. Dies entspricht einem Rückgang um über sieben Prozent. Einen Rückgang von über 20 Prozent im gleichen Zeitraum ließ sich bei der Zahl der Schwerverletzten feststellen. "Die Ver-

kehrsunfallbilanz 2022 belegt, dass wir mit den vielfältigen Maßnahmen der Landespolizei in diesem Bestreben erfolgreich sind. Dass mit dem geringeren Verkehr auf den Straßen während der Lockdowns der Pandemie-Jahre auch weniger Unfälle einhergingen, waren absehbare Sondereffekte. Dass wir in 2022 aber immer noch weniger Unfälle verzeichnen als vor der Pandemie, ist ein langfristiger Erfolg", kommentierte der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD).

Wermutstropfen der Unfallbilanz ist, dass die Zahl der Verkehrsunfälle, bei denen Kinder beteiligt waren, im Vergleich zu den Corona-Jahren wieder angestiegen ist. 2022 gab es 1.391 Unfälle mit Kinderbeteiligung. 2021 hatte es beispielsweise nur 1.163 Unfälle mit Kindern gegeben. Die Zahl aus dem vergangenen Jahr lag jedoch immer noch unter der Zahl von 2019.

Unerfreulich ist zudem, dass auch im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit Verkehrsunfälle mit Fahrrad- und Pedelec-Beteiligung deutlich zugenommen haben. Von 2019 auf 2022 stieg die Zahl von 3.753 auf 4.155.



Der Innenminister von Rheinland-Pfalz Michael Ebling (SPD) (Mitte) stellte mit dem Inspekteur der rheinland-pfälzischen Polizei Friedel Durben die Verkehrsunfallbilanz 2022 vor.

Foto: BS/Mdl RLP





DROHNEN IM BOS-EINSATZ

19.–21. April 2023

Messe Friedrichshafen | Halle A2

Programm
Fachkonferenz
und Vorträge

Hier scannen






Im Rahmen der AERO Friedrichshafen 19. –22. April 2023 www.aero-expo.de

Untere Katastrophenschutzbehörden am Limit

(BS) Die Unteren Katastrophenschutzbehörden rückten bei den vergangenen Großschadenslagen und Krisen in den Fokus. Doch für die weiteren neuen Aufgaben hätten die Kommunen keine ausreichenden personellen Ressourcen, sagt der Vorsitzende des Ausschusses für Bevölkerungsschutz des Landkreistags NRW (LKT NRW) und Landrat Dr. Martin Sommer. Es brauche zusätzliche Unterstützung von Land und Bund. Skeptisch zeigt er sich gegenüber einem Ausgabenziel für den Katastrophenschutz. Die Fragen stellte Bennet Biskup-Klawon.



Dr. Martin Sommer ist Landrat des Kreises Steinfurt sowie Ausschussvorsitzender für Bevölkerungsschutz beim Landkreistag NRW.

Foto: BS/Kreis Steinfurt

Behörden Spiegel: Wird die kommunale Ebene bei der "Zeitenwende" des Bevölkerungsschutzes vergessen?

Dr. Martin Sommer: Das hoffe ich nicht, aber die Frage ist berechtigt. Vieles, was im Zusammenhang mit der "Zeitenwende" angekündigt und mit finanziellen Mitteln hinterlegt wurde, wird von der kommunalen Ebene bzw. den Unteren Katastrophenschutzbehörden umzusetzen sein. Klar ist schon jetzt, dass die Kommunen weitere neue Aufgaben im Bevölkerungsschutz bewältigen werden müssen, für die personelle Ressourcen nicht vorhanden sind. Während auf Bundes- und Landesebene neue Stellen im Bevölkerungsschutz in nicht unerheblichem Umfang geplant sind, bleibt abzuwarten, ob die Länder ausreichend finanzielle Mittel an die Unteren Katastrophenschutzbehörden auf kommunaler Ebene weiterleiten werden, um diese damit in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben sachgerecht zu erfüllen.

Behörden Spiegel: Welche Defizite gibt es momentan im Zusammenwirken von Bund, Ländern und den Kommunen?

Dr. Sommer: Von der Flut im Ahrtal betroffene Kolleginnen und Kollegen haben berichtet, dass es zu keiner Zeit und auf keiner Verwaltungsebene ein hinreichend konkretes Lagebild gegeben habe. Offenbar hat keine Verwaltungsebene Lageberichte gefertigt, die so qualifiziert waren, dass auf jeder Ebene ein ausreichendes Lage-

len Verwaltungsebenen auch an fachlicher Expertise für die Interpretation von fachspezifischen Informationen (bspw. Wetter-, Wasser- und Bodendaten).

Behörden Spiegel: Der Ausschuss fordert nach jeder Sitzung eine Landesförderung zur Stärkung der Unteren Katastrophenschutzbehörden. Landespolitikerinnen und -politiker fordern ihrerseits eine Bundesförderung im Katastrophenschutz. Der Bund verweist auf die Zuständigkeit der Länder. Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen verweisen bei jeder Katastrophe darauf, dass die Katastrophe vor Ort bewältigt werde. Drücken sich die unterschiedlichen Ebenen vor einer ausreichenden Finanzierung?

Dr. Sommer: Als Untere Katastrophenschutzbehörden sind die Kreise im Weisungsstrang des Landes, insoweit will ich mich auch nur hierzu äußern. Fakt ist, dass die originären Aufgaben der Unteren Katastrophenschutzbehörden bereits schon jetzt kaum noch mit den bestehenden Personalkörpern zu bewältigen sind.

Fortsetzung auf Seite 5




Ihr Spezialist bei der Waldbrandbekämpfung

iconos® Kreisregner B

- ✓ Fläche nasshalten ohne Personaleinsatz
- ✓ Sehr gut einsetzbar am Abend und in der Nacht
- ✓ Geringer Wasserverbrauch
- ✓ Beregnung einer Fläche von bis zu 1.800 m²

iconos® Vertriebs GmbH

Tel.: 0203-74 14 69

info@iconos-system.com

www.iconos-system.com

Fortsetzung von Seite 4

Die Einrichtung zusätzlicher Schwerpunkt-aufgaben, wie zum Beispiel die Vorbereitung auf eine noch immer nicht unwahrscheinliche Energiemangelkrise ist mit den eigenen Bordmitteln nicht mehr zu leisten.

Die Notwendigkeit, im Rahmen der Vorbereitung auf Krisenlagen den sogenannten "All-Gefahren-Ansatz" zu nutzen, der alle Gefahrenarten berücksichtigt (bspw. Naturgefahren, technologische Gefahren), kann nur mit zusätzlichem, landseitig finanziertem Personal umgesetzt werden. Auch die Eckpunkte des KRITIS-Dachgesetzes formulieren diesen "All-Gefahren-Ansatz" als Planungsgrundlage und -annahme.

Behörden Spiegel: *Braucht es einen Föderalismus-Vertrag für den Katastrophenschutz?*

Dr. Sommer: Die Erfahrung der jüngsten Zeit hat deutlich gezeigt, dass Katastrophen keinen Halt an Verwaltungsgrenzen machen. Mit Blick auf schwindende Personalressourcen bei den Unteren Katastrophenschutzbehörden und vor dem Hintergrund einer vereinheitlichenden Digitalisierungsdiskussion ist es angezeigt, Katastrophenschutz nicht nur vertikal, sondern auch horizontal vernetzt zu denken. Hier besteht ein großes Standardisierungs- und Harmonisierungspotential, das Ressourcen auf allen Ebenen optimieren könnte.

Behörden Spiegel: *Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Christian Reuter, fordert, 0,5 Prozent des Bundeshaushaltes für den Katastrophenschutz auszugeben. Braucht es eine ähnliche Vorgabe auf kommunaler und Landesebene für den Katastrophenschutz?*

Dr. Sommer: Nein, das glaube ich nicht. Wichtig ist, dass jede für Katastrophenschutz zuständige Behörde eine hinreichende Vorstellung von den von ihr zu bewältigenden Aufgaben hat. Daraus ergeben sich dann Anforderungen an bestimmte Fähigkeiten, die bereitzustellen sind und dafür müssen dann auch die finanziellen

Mittel bereitgestellt werden. Das kann im Einzelfall mehr oder weniger als 0,5 Prozent des Gesamthaushaltes ausmachen. Entscheidend ist für mich nicht ein bestimmter Betrag oder ein Prozentsatz, sondern die Bereitstellung ausreichender am festge-

"Von der Flut im Ahrtal betroffene Kolleginnen und Kollegen haben berichtet, dass es zu keiner Zeit und auf keiner Verwaltungsebene ein hinreichend konkretes Lagebild gegeben habe."

stellten Bedarf orientierter Finanzmittel. Das politisch durchzusetzen ist auch nach meiner Erfahrung nicht einfach. Insoweit setze ich auf ein neues Bewusstsein für die richtige politische Prioritätensetzung in Zeiten multipler Krisen.

Behörden Spiegel: *Was halten Sie von einer Pflichtschulung für kommunale Entscheidungsträgerinnen und -träger im Katastrophenschutzmanagement?*

Dr. Sommer: Das halte ich für absolut sinnvoll, nicht nur auf der kommunalen Ebene! Jeder Entscheidungsträger und jede Entscheidungsträgerin, der / die im Krisenfall aufgrund seiner / ihrer Funktion mit Aufgaben des Katastrophenmanagements beauftragt sein wird, sollte dafür - zumindest rudimentär - ausgebildet sein. Alles andere ist meiner Meinung nach fahrlässig. Grundlagenwissen zur Stabsarbeit und ein Verständnis von dem, worauf es im Katastrophenschutz ankommt, rettet im Ernstfall Leben. Auch bezüglich der eigenen Fähigkeiten sollten jede Katastrophenschützerin und jeder Katastrophenschützer am besten "vor der Lage" sein bzw. "vor die Lage" kommen.

Behörden Spiegel: *Wie bewerten Sie die allgemeine Resilienz der Kritischen (kommunalen) Infrastruktur in NRW?*

Dr. Sommer: Die Resilienz der kommunalen Kritischen Infrastruktur hat nach meiner Einschätzung in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Die kommunale Ebene hat sich gerade mit Blick auf eine zumindest nicht ganz unwahrscheinliche Energieman-

gellage auf den Weg gemacht und große Anstrengungen unternommen, die eigene Durchhaltefähigkeit deutlich zu steigern und zu verbessern. Insofern hat sich hier das fortgesetzt, was bereits während der Corona-Pandemie seinen Anfang genom-

men hatte – die Professionalisierung der Krisenstäbe und Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse, die Interaktion und Vernetzung der verschiedenen Verantwortungsträgerinnen und -träger des Bevölkerungsschutzes auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte und nicht zu vergessen die Optimierung von Lagebildern.

Behörden Spiegel: *Im Dezember 2022 wurden die Eckpunkte des KRITIS-Dachgesetzes veröffentlicht. Wie bewerten Sie das Papier im Hinblick auf die Kommunen? Befürchten Sie einen besonderen Aufwand für Kommunen und kommunale Unternehmen?*

Dr. Sommer: Zunächst einmal baut das KRITIS-Dachgesetz auf einer Regelungsstruktur zum Thema "Cybersicherheit" (BSI-Gesetz) auf, die bereits sehr erfolgreich Kritische Infrastrukturen im Bereich der Information und Telekommunikation (IT) schützt. Erreicht werden soll ein Gesamtsystem zum physischen Schutz Kritischer Infrastrukturen in Deutschland. Selbstverständlich umfasst dieses Schutzziel - mit Blick nach innen - auch alle Kritischen Infrastrukturen auf kommunaler Ebene.

Beim Blick nach außen, also der staatlichen Kontrolle aller erforderlichen Schutzmaßnahmen, kommen nach meiner Einschätzung neue Aufgaben auf die kommunale Ebene zu, selbst wenn die zentrale Steuerung und Koordination beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe liegen soll. Auch diese neuen Aufgaben werden ohne zusätzliche, bundes- und/oder landesseitig refinanzierte personelle Verstärkung von den Kommunen nicht zu leisten sein.

Behördenselbstschutz - Vernachlässigte KRITIS?

(BS/Leonard Schliesser, Jan Seitz) Unsere Gesellschaft wird durch eine Vielzahl von Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) geprägt und überhaupt erst ermöglicht. Die unterbrechungsfreie Verfügbarkeit dieser Infrastrukturen ist daher von herausgehobener Bedeutung. Einzelne Teilbereiche (vor allem Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Lieferketten) wurden in den letzten Jahren intensiv betrachtet und diskutiert. Staat und Verwaltung – insbesondere auch die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) – werden als KRITIS-Teilbereich hingegen weitestgehend nicht thematisiert. Trotz ihrer erheblichen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung ist ein Selbstverständnis als existenzielle Infrastruktur, wenn überhaupt, nur in Ansätzen vorhanden.

Die Großschadenslagen der vergangenen Jahre haben deutlich aufgezeigt, dass gerade öffentliche Akteure, die im alltäglichen Betrieb zumeist schon nahe der Auslastungsgrenze operieren, in besonderen Belastungssituationen schnell an ihre Leistungsgrenze stoßen und ihren gesetzlichen Auftrag nur noch eingeschränkt erfüllen können. Dieser Realität steht die staatliche Kernaufgabe des Schutzes und der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung entgegen, die von der Bevölkerung weiterhin erwartet und eingefordert wird.

Initiativen zum KRITIS-Schutz fokussieren bisher die privatwirtschaftlichen, vernachlässigten aber die öffentlichen Akteure. Entsprechend haben viele der ‚Katastrophen‘ der letzten Jahre die meisten Behörden kalt erwischt. Es ist längst überfällig, dass sich auch öffentliche Akteure mit ihrer eigenen Resilienz auseinandersetzen, anstatt diese ‚nur‘ von anderen einzufordern. Das eigentliche Resilienzkonzept ist hierfür jedoch ungeeignet, es ist alles und nichts. Es fehlt eine einheitliche Definition, ein gemeinsames Verständnis, die Überprüfbarkeit. Um ‚ins Handeln‘ zu kommen, braucht es Verbindlichkeit: eine Qualität, die gerade die Konzepte Behördenselbstschutz und Härtung liefern könnten.

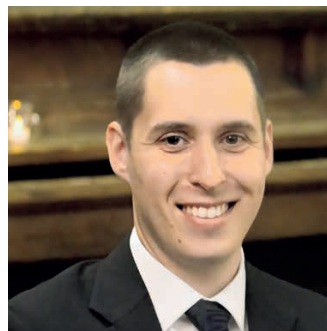
Der Behördenselbstschutz schützt das Leben und die Gesundheit des Personals

sowie der Besucher. Er fokussiert die organisationale Ebene, stärkt das Humankapital und befähigt Behörden so zum flexiblen Handeln in der Krise. Die Härtung hingegen fokussiert die eigene Infrastruktur, die so aufzustellen ist, dass (Extrem-) Ereignisse abgewertet werden können. Zusammen greifen beide Konzepte gerade außerhalb der ‚gängigen‘ Schadenslagen und bei Ereignissen, die nicht mit Wahrscheinlichkeiten belegbar sind, da diesen letztlich nur Vorsorge und Vorbereitung entgegenwirken können.

Es fehlt der Wille

Die Bevölkerung verlässt sich gerade auch in Extremfällen darauf, dass der Staat handelt und auf seine Aufgaben gut vorbereitet ist. Ein gut aufgestellter Staat bewältigt und reduziert das Schadensausmaß ungleich besser als es ‚nur‘ die gut vorbereitete Bevölkerung zu leisten vermag (wenn es sie gibt). Unser Staat ist dennoch nicht gut aufgestellt, was auf mindestens drei unbeantwortete Fragen hindeutet. Erstens: Welches Niveau an Sicherheit wollen wir haben? Zweitens: Bis zu welchem Punkt wollen wir handlungsfähig sein? Drittens: Welchen Preis sind wir bereit, dafür zu zahlen? Diese Fragen werden bisher selten direkt thematisiert, eine individuelle und gesellschaftliche Antwort zumeist nur impliziert. Wenn überhaupt werden sie zumeist von den Finanziers beantwortet, deren Regelwerke die Sinnhaftigkeit von vorsorgenden und vorbereitenden Maßnahmen erfahrungsgemäß selten anerkennen.

Um auf das Ungewisse vorbereitet zu sein, reicht dies nicht. Beiden meisten denkbaren Schadensereignissen, vom Hochwasser bis zum Kernwaffeneinsatz, gibt es heutzutage eine vernachlässigbare Erkenntnislücke, dafür hingegen ein umso größeres Handlungs-



Leonard Schliesser (links) ist Humangeograph und PhD-Kandidat aus Durham, England, mit dem Schwerpunkt KRITIS, insbesondere Stromnetze und Blackout, Reservist und THWler. Jan Seitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Hochschule Wildau mit mehr als zehn Jahren Erfahrung in der zivilen Sicherheitsforschung zum Schwerpunkt Resilienz.

Fotos: BS/privat

problem. Wir wissen, wie wir uns schützen können! Allzu oft fehlt es jedoch, über alle Ebenen hinweg, unter anderem am Willen zum selbstlosen Dienst; am Mut, Herausforderungen klar und öffentlich zu benennen; an der Energie und den Werkzeugen, diese konkret anzugehen. Eigentlich finden wir genug Gründe zum Handeln, dennoch wird der schwarze Peter der unzureichenden Aktivität im Diffusen routiniert zwischen den Beteiligten ausgetauscht: Komplizierte Technik, unklare Rechtslage, fehlender politischer Wille, fehlende Finanzmittel. Wenn doch Lösungen umgesetzt werden, sind sie häufig punktuell und alleinstehend.

Das muss besser werden, wenn Staat und Verwaltung ihren Dienst am und für den Menschen – gerade in Krisenzeiten – weiterhin als Kernaufgabe begreifen. Und es geht: Um den Werkzeugkoffer zur Krisenbewältigung nachhaltig zu füllen, müssen Synergien erkannt und genutzt werden. Behördenselbstschutz und Härtung bieten hier eine Möglichkeit, Einzelmaßnahmen zusammenzudenken, sie in einer schlüssigen Strategie zu rahmen und überprüfbare Standards zu schaffen. Dazu braucht es nur den Mut und den Willen (!), Krisenvorsorge gerade auch in den Behörden zu verankern und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Können wir das? Diese Frage ist vielleicht eine der wichtigsten unserer Zeit – wie antworten wir?

Mitgliederrekord bei der DLRG

(BS) Die Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) konnte eine Kehrtwende bei ihrer Mitgliederentwicklung vollziehen. Während in den beiden Jahren der Pandemie ein Rückgang von 28.000 Mitgliedern zu beklagen war, beendete die Gesellschaft das Jahr 2022 mit einem neuen Mitgliederrekord.

Die Zahl der Mitglieder stieg um sechs Prozent auf rund 580.000. Besonders stark stiegen die Mitgliederzahlen in Hamburg (um 14,9 Prozent auf 4.761), Nordrhein (um 7,5 Prozent auf 69.317) und Schleswig-Holstein (um 7,1 Prozent auf 32.425). Schlusslicht bildet Thüringen mit immer noch einem Wachstum von 3,6 Prozent. "Das ist ein

erstaunliches Ergebnis, mit dem wir so nicht gerechnet haben. Das ist ein schöner Einstieg für uns in das Jahr unseres 110-jährigen Bestehens", erklärte dazu DLRG-Präsidentin Ute Vogt.

Schwierigkeiten bei den Jüngsten

Wermutstropfen bei der positiven Entwicklung ist jedoch, dass die Zahl der Kinder in der Gesellschaft noch nicht das Vor-Corona-Niveau erreicht hat. Ende

2022 waren rund 10.000 Kinder weniger in der DLRG aktiv als noch vor der Pandemie. Die Gesellschaft sieht jedoch Verbesserungspotenzial, sobald sich die Situation der Schwimmbildung verbessert hat. "Dadurch, dass wir lange kaum Schwimmkurse durchführen konnten, hatten wir keine Neuzugänge und schnell fast 30.000 Kinder weniger im Verband", so Vogt. Die finanziellen Auswirkungen der jüngsten großen Krisen für die Kommunen und der flächendeckende Fachkräftemangel beim Badpersonal könnten jedoch die derzeit positive Entwicklung bedrohen. Die DLRG ist sowohl für ihre Angebote zum Schwimmen lernen als auch für die Ausbildung von Rettungsschwimmern auf die Schwimmbäder angewiesen. "Für beides können wir auch noch mehr Ausbilderinnen und Ausbilder gebrauchen, die uns helfen, Lücken zu schließen und die Sicherheit im Wasser wieder zu erhöhen", so Vogt. Aufgrund der Pandemie verdoppelte sich die Zahl der Kinder, die nicht schwimmen können.



Die Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) hat so viele Mitglieder wie noch nie.

Foto: BS/Divebalu, pixabay.com

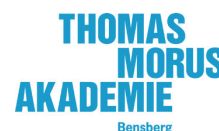
Internationale Fachtagung

Wenn wir auf dem rechten Auge blind sind ...

Extremismus in der Gesellschaft, der Polizei und öffentlichen Einrichtungen

28. bis 30. März 2023 (Di.-Do.)
 Thomas-Morus-Akademie/
 Kardinal Schulte Haus, Bensberg

Bild von UnratedStudio auf Pixabay



Berlin: Außertarifliche Zulage für Praxisanleiter

(BS) Tarifbeschäftigte Notfallsanitäterinnen und -sanitäter, die Nachwuchskräfte in der Praxis anleiten, erhalten in Berlin nun eine erhöhte Zulage. Dies ist das Ergebnis der Verhandlungen in der Tarifgemeinschaft der Länder.

So erhalten Notfallsanitäter der Entgeltgruppe KR 8, die über die berufspädagogische Zusatzqualifikation verfügen und Nachwuchskräfte anlernen, eine außertarifliche Zulage von bis zu 224,45 Euro je Monat. Bisher lag diese Zulage bei 78,34 Euro. Die Regelung gilt mit Wirkung vom 1. Januar 2023. Mit der gestiegenen Zulage soll der gesteigerte Aufwand wertgeschätzt werden.

"Neben der Wertschätzung für die Tätigkeit stellt die erhöhte Zulage einen Anreiz dar, die erforderliche Zusatzausbildung zur Praxisanleiterin bzw. zum Praxisanleiter anzustreben und Nachwuchskräften das praktische Rüstzeug an die Hand zu geben. Diese Kolleginnen und Kollegen tragen einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes bei und gewährleisten die Ausbildung der Notfallsanitäterinnen und -sanitäter von morgen.



Berlins Praxisanleiter im Rettungsdienst erhalten eine höhere Zulage.

Foto: BS/ Martin Jäger, pixelio.de

Ich bin allen Beteiligten sehr dankbar, dass es uns nun ermöglicht wurde, dieses Engagement gebührend zu honorieren", erklärte dazu der kommissarische Ständige Vertreter des Landesbranddirektors Berlin, Per Kleist.

Iris Spranger (SPD), Senatorin für Inneres, fügte hinzu: "Durch diese nun erhöhte Zulage wird gesichert, dass erfahrene Kolleginnen und Kollegen, die andere anleiten, für ihre zusätzliche Leistung nicht nur angemessen entlohnt, sondern vor allem wertgeschätzt werden. Sie ist ein weiterer wesentlicher Baustein, der zur Leistungsfähigkeit der Berliner Feuerwehr beiträgt."

KRITIS-Stelle für Berlin

(BS) In Berlin wird es in Zukunft eine Koordinierungsstelle Kritische Infrastrukturen (KOST KRITIS) geben. Das beschloss jüngst der Senat. Angesiedelt wird die KOST KRITIS im Hause von Innensenatorin Iris Spranger (SPD). Auf ihre Vorlage geht auch der Senatsbeschluss zurück. Die Stelle soll als Anlaufstelle den Informationsaustausch von Landes- und Bundesbehörden sowie mit Institutionen auf Ebene der Europäischen Union sicherstellen. Außerdem soll die bereits vorhandene, lagebezogene Zusammenarbeit der jeweils zuständigen Berliner Senatsverwaltungen verstetigt und leistungsfähig institutionalisiert werden. Denn der KRITIS-Schutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Akteurinnen und Akteure fordert.



Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD).

Foto: BS/Feldmann

DIGITALER STAAT ONLINE EXPERTISE MÄRZ

Cyber Security im Kontext von Backup & Archivierung Immutability wirksam einsetzen

Freitag, 3. März 2023, 10:30 – 12:00 Uhr



Martina Emminger
Channel Account Manager, iTernity



Dirk Hannemann
Principal Presales Architect, HPE DACH

Ransomware: I don't care Der proaktive Schutz gegen neuartige Malware und Datendiebstahl

Freitag, 17. März 2023, 10:30 – 12:00 Uhr



Clemens A. Schulz
Director Endpoint Security, Rohde & Schwarz Cybersecurity



Stefan Gockel
Key Account Manager, Rohde & Schwarz Cybersecurity

Application Performance Monitoring und zentrale Log-Verwaltung im öffentlichen Dienst

Freitag, 24. März 2023, 10:30 – 12:00 Uhr



Katharina Genzler
Commercial Account Executive Public Sector, Elastic



Eva Ramom
Senior Solution Architect Public Sector, Elastic



Felix Fischer
Team Lead Application Performance Monitoring, SVA System Vertrieb

www.digitaler-staat.online



WEBINAR

Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

20.03.2023 09:00 – 16:30 Uhr

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

Günther Pinkenburg, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

Florian Gebauer, AFTAF GmbH

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchwort „Feuerwehr“

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ghazaleh Hesami, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert, Marlies Voßbrecker. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Scarlett Lüsser. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin), Nina Parisi (Bonn); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.